

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet



Gekippter
Rundfunkbeitrag
Hochmut
Seite 2



Hamburg:
Mekka für Islamisten
Habgier
Seite 6/7



Steuervorteile
für Extremisten
Zorn
Seite 10

Es geht um unsere Freiheit!

Liebe Hamburger!



Stellen Sie sich vor, Anfang des Jahres 2020 wären Sie ins Koma gefallen – und jetzt würden Sie wieder aufwachen. Wenn Sie die fast leergefegten Straßen, die geschlossenen Geschäfte und die maskierten Gesichter sehen würden, was würden Sie denken? „Das Ende ist nahe?“

Nicht endzeitliche Zustände, sondern die verkorkste Corona-Politik hat unser Hamburg in eine halbe Geisterstadt verwandelt. Grundrechtseinschränkungen, Endlos-Lockdown und die Verteufelung von Kritikern als „Corona-Leugner“ sind die Patentrezepte der alten Parteien in der Krise.

Tag für Tag zeigt die AfD in unserem Landesparlament Alternativen dazu auf. Warum baut der rot-grüne Senat nicht beispielsweise die Kapazitäten für Intensivpatienten in unseren Krankenhäusern aus, statt die Bürger zu Hause einzusperren? Nein, statt sich um die echten Probleme der Bürger zu kümmern, haben die Grünen in der Bürgerschaft jüngst durchgesetzt, dass die Abgeordneten jetzt Sitzungsgelder für Videokonferenzen erhalten! Diese schamlose Selbstbedienung haben wir nicht nur angeprangert, sondern als AfD-Fraktion auf Sitzungsgelder für Videokonferenzen freiwillig verzichtet. Lassen Sie sich trotz der Entwicklungen nicht entmutigen. Bleiben Sie kritisch. Und haben Sie viel Freude beim Lesen von UNS HAMBURG!

Ihr Krzysztof Walczak



Seit über einem Jahr haben uns die Coronamaßnahmen fest im Griff. Kleinkinder, Schüler, Eltern, Großeltern, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Selbstständige leiden massiv unter den Corona-Einschränkungen. Unser Land wurde von den Regierenden in den Dauerlockdown geschickt. Immer und immer wieder wurde er verlängert und die Maßnahmen ausgeweitet. Keine Aussicht auf eine Perspektive. Die Bundes- und Landesregierungen haben auf ganzer Linie versagt und unser Land ins Coronachaos gestürzt.

Die Lockdown-Politik hatte das Ziel, die Coronainfektionen zu mindern. Sie ist krachend gescheitert und richtet massive Schäden an. Unsere Wirtschaft liegt am Boden, hunderttausende Existenzen sind bedroht. Die gesellschaftlichen Folgeschäden sind noch gar nicht absehbar.

Jetzt müssen andere Wege her. Es muss genügend Impfstoff her für alle, die sich auf freiwilliger Basis impfen lassen möchten. Zudem müssen die Risikogruppen konsequent geschützt werden.

Und die Regierenden müssen uns unsere Freiheitsrechte zurückgeben. Sie sind kein Privileg, sondern ein Grundrecht für alle. Sie gelten immer und überall. Wenn Grundrechte eingeschränkt werden, dann nur auf Zeit und an Verhältnismäßigkeit ausgerichtet. Die derzeitigen Maßnahmen sind das schon lange nicht mehr. Maß und Mitte sind nicht mehr vorhanden.

Einer der amerikanischen Gründerväter, Benjamin Franklin, wusste bereits vor über 200 Jahren: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Wir dürfen den falschen Weg nicht mehr weitergehen.

Erhöhung des Rundfunkbeitrags gekippt

Walczak: „Für einen schlanken und sparsamen Rundfunk“



Im Dezember 2020 ist die Erhöhung des Rundfunkbeitrags krachend gescheitert. Alle AfD-Fraktionen bundesweit sprachensich vehement gegen eine Anhebung der „GEZ“ aus. Ausschlaggebend war die Entscheidung von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Damit ist die Erhöhung gekippt und in den kommenden Jahren bleiben bis zu 1,6 Milliarden Euro im Geldbeutel der gebührendzahlenden Bürger. Und die werden immer weniger.

Wie eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage zeigt, waren für das Jahr 2020 über einhunderttausend Rundfunkbeitragskonten mit einem Mahnstatut versehen. In Hamburg gibt es insgesamt knapp über eine Million Haushalte. Also zahlt jeder zehnte Haushalt die Gebühr nicht. Es geht um Forderungen in Höhe von fast 31 Millionen Euro. Bundesweit belaufen sich die Forderungen auf fast 900 Millionen Euro (Stand 31. Juli 2020).

Im März 2021 kam heraus, dass drei ARD-Sender über 100 Millionen Euro Gebührengelder bei der Bremer Greensill Bank investiert hatten. Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) ist mit 24 Millionen Euro dabei. Das Problem ist, dass die Privatbank pleite ist. Das Geld sei aber abgesichert und nicht verloren.

Die AfD-Fraktion kritisiert die regierungsfreundliche Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mittlerweile wird die Kritik auch innerhalb der Rundfunkanstalten formuliert. Laut

NDR-Intendant Knuth müsse man mehr auf Meinungsvielfalt achten und es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, die Öffentlich-Rechtlichen wollten missionieren: „Wir sollen Themen aufgreifen und einordnen, die Menschen zum Nachdenken anregen – aber wir sollen ihnen nicht sagen, wie sie zu denken haben“.

Im Mai 2020 forderte die AfD-Fraktion in einem Antrag eine Kürzung der großzügigen Gehälter des NDR-Intendanten und der NDR-Direktoren um zehn Prozent. Der Antrag wurde von allen Altparteien abgelehnt. Für die stellvertretende medienpolitische Sprecherin Olga Petersen ist ganz klar, dass sich dringend etwas ändern muss: „Viele Bürger können sich den Beitrag nicht leisten und einige wollen es auch nicht zahlen. Wir lehnen eine mit Zwangsgebühren finanzierte Bevormundung der Bürger und Hofberichterstattung ab. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss dringend reformiert werden.“

Der AfD-Medienpolitiker Krzysztof Walczak über die fehlgeschlagene Erhöhung: „Ich freue mich, dass es der AfD und CDU in Sachsen-Anhalt gelungen ist, die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu stoppen. Gerade in Corona-Zeiten mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lockdowns wäre das ein fatales Signal gewesen. Die AfD steht für einen schlanken und sparsamen Rundfunk.“

Wussten Sie schon...?

Früher GEZ, heute Rundfunkbeitrag

Jeder Haushalt in Deutschland muss ihn entrichten. Bis 2012 hieß er noch im Volksmund GEZ (Gebühreneinzugszentrale). Die öffentlich-rechtlichen Sender erhalten über 8,1 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Beitragsbefreiung ist fast unmöglich, lediglich Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (Hartz IV), Empfänger von Ausbildungsförderungen können eine Befreiung beantragen. Migranten mit „Flüchtlingsstatus“ können sich ebenfalls unter gewissen Voraussetzungen von der Beitragspflicht befreien lassen.

Norddeutscher Rundfunk (NDR)

Der NDR ist eine gemeinsame Landesrundfunkanstalt für die Freie und Hansestadt Hamburg und die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Hauptsitz befindet sich in Hamburg. Insgesamt arbeiten dort über 5.000 feste und freie Mitarbeiter. Im Durchschnitt kostet das „NDR Hamburg Journal“ pro Tag rund 32.000 Euro. Die Tagesschau schlägt mit 1.820 Euro pro Sendeminute zu Buche. Auch das Prestigeobjekt Tatort lassen sich die staatsnahen Sender vom Gebührenzahler üppig bezahlen. Eine Folge kostet rund 1,6 Millionen Euro. Pro Jahr werden um die 34 Folgen gedreht.

Als Mitarbeiter muss man auch nicht am Hungertuch nagen. Der absolute Spitzenverdiener ist der Intendant Joachim Knuth, er „verdient“ über 1.000 Euro pro Tag (!). Insgesamt sind es über 375.000 Euro im Jahr, das sind über 31.000 Euro im Monat. Zum Vergleich: Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) bekommt über 16.000 Euro pro Monat. Die NDR-Direktoren erhalten auch ein üppiges Monatsgehalt von durchschnittlich fast 22.000 Euro. Aber auch die NDR-Redakteure können sich mit bis zu 11.000 Euro Monatsgehalt nicht beschweren.

Aussteigerprogramm für Linksextremisten

Nockemann: „Ernsthafte Gefahr für unsere Gesellschaft“

AfD-Fraktion: Kein Kulturrabatt für Kinderehen



Hamburg wird immer „bunter“ und dazu gehören leider auch Kinderehen. Laut einer Analyse von „Terre des Femmes“ sind seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen im Jahr 2017 bundesweit 813 Fälle offiziell registriert und nur zehn Kinderehen aufgehoben worden.

2020 wurden den Behörden in Hamburg bislang sechs Kinderehen bekannt – keine einzige Ehe wurde annulliert. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag endlich die wirksame Bekämpfung von Kinderehen.

Für die vierfache Mutter und AfD-Familienpolitikerin Olga Petersen darf es bei diesem Thema keine falsche Toleranz und keinen Kulturrabatt geben. Sie sagt: „Die Folgen für die betroffenen Mädchen sind katastrophal, sie sind zwangsweise mit einem oft viel älteren Mann verheiratet und erleiden häufig Gewalt und Unterdrückung. Wir dürfen den Import dieser Steinzeitkultur, die unsere Werte mit Füßen tritt und den Mädchen ihre Freiheiten beraubt, nicht zulassen. Der Senat muss dringend handeln!“ Die Vertreter der Altfraktionen äußerten sich nicht zum Antrag der AfD und lehnten ihn ab.

Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten. Es wird gefordert, dass das Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage – Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2019“ auf politischen Extremismus im Allgemeinen ausgedehnt und des Bereichs „Linksextremismus“ hinzugefügt wird. Es soll die Einsetzung einer Dienststelle zur Umfunktionierung der Roten Flora erfolgen sowie eine Dienststelle zur rechtlichen Unterstützung bei Bedrohungen durch Angehörige der Szene installiert werden.

Im Hamburger Verfassungsschutzbericht 2019 sind insgesamt 1.290 Linksextremisten verzeichnet, davon gelten 940 als gewaltorientiert.

Der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann

fordert mehr Engagement des rot-grünen Senates: „Dem stetig wachsenden Linksextremismus müssen endlich seine Grenzen aufgezeigt werden! Dass das Potenzial der Linksextremisten nach G20 sogar noch ansteigt, zeigt das Unvermögen und Desinteresse der Altparteien. Dabei ist Linksextremismus kein aufgebauschtes Problem, sondern eine ernsthafte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, ungefährdet aus der Szene aussteigen zu können. Wir fordern daher, dass sich der Senat endlich dem politischen Extremismus von links widmet und potenziellen Aussteigern hilft. Als Demokraten haben wir die Pflicht, Linksextremisten auf den Boden des Grundgesetzes zurückzuholen!“



Symbolbild: Linksextremisten beim Aussteigen helfen

AfD-Fraktion für Rückkehr des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf den Rathausmarkt

Wolf: „1871 steht für die Geburtsstunde des deutschen Nationalstaats“



Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmal in Planten un Blomen

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag, dass anlässlich des Jahrestages der Reichsgründung vor 150 Jahren das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zurück an seinen ursprünglichen Ort auf den Rathausmarkt gestellt wird. Zu Ehren des 1888 verstorbenen Kaisers Wilhelm I. wurde 1903 das Reiterdenkmal auf dem Rathausmarkt enthüllt, allerdings 1930 aus verkehrstechnischen Gründen entfernt. Die Wiedererrichtung des kaiserlichen Denkmals erfolgte 1963 im Zuge der internationalen Gartenausstellung, wo es in Planten un Blomen neu auf- bzw. abgestellt wurde. Für den stellvertretenden AfD-Fraktionschef Alexander Wolf wäre das Denkmal

vor dem Rathaus ein wichtiges Signal: „Die Geburtsstunde des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 ist eine wichtige Wegmarke für das deutsche Volk. Die deutsche Nation bekam endlich den langersehnten Nationalstaat. Holen wir Kaiser Wilhelm I. auf den Rathausmarkt zurück und erinnern so zentral an einen positiven Moment der deutschen Geschichte!“ Die SPD-Abgeordnete Isabella Vértes-Schütter lehnte den Antrag aus denkmalfachlichen und erinnerungspolitischen Gründen ab. Sie meinte: „1871 steht für staatliche Einheit aus Blut und Stahl und nicht in Frieden und Freiheit.“ Der Grüne Peter Zamory moralisierte

und betrachtete das erste deutsche Reich als Grundübel alles Bösen: „Das Kaiserreich stand für preußische Hegemonie, Nationalismus, Militarismus, frühkapitalistische Ausbeutung und Verfolgung von Sozialdemokraten, als sie noch Sozialisten waren.“ Der Abgeordnete der ehemals konservativen Partei CDU, André Trepoll, wollte den Antrag erst gar nicht ernstnehmen, da sich das Land wegen Corona in der größten Krise aller Zeiten befinde. Der linke Bürgerschaftsabgeordnete Norbert Hackbusch sah eine direkte Linie von Kaiser Wilhelm I. zu Adolf Hitler. Er will gleich alle Denkmäler, die nicht irgendwie links sind, dekonstruieren und brechen.

Geht in Hamburg bald das Licht aus?

Reich: „Keine grünen Experimente“

Deutschland will für den sogenannten „Klimaschutz“ bis spätestens 2038 alle Kohlekraftwerke stilllegen. In Hamburg geht es jetzt ganz schnell, das Kohlekraftwerk Moorburg ging Mitte Dezember vom Netz. Voraussichtlich im Juli wird es endgültig stillgelegt. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hisst nach jahrelangen Kämpfen mit Umweltverbänden und grünen Bürgerinitiativen die weiße Fahne. Vattenfalls Kapitulation könnte schwerwiegende Folgen für Hamburgs Stromversorgungssicherheit haben.

Das Werk gilt (oder besser galt) als eines der größten und modernsten Steinkohlekraftwerke der Welt und ging erst 2015 ans Netz. Vattenfall investierte rund drei Milliarden Euro. Es besteht aus zwei Blöcken mit einer Leistung von jeweils gut 800 Megawatt. Moorburg ist mit seiner Leistungskapazität ein wichtiger Baustein in der norddeutschen Stromversorgung.

Vattenfall bekam Anfang Dezember 2020 von der Bundesnetzagentur den Zuschlag für eine Stilllegungsprämie. Insgesamt wurden in diesem ersten

Schritt zum Kohleausstieg Prämien in Höhe von rund 317 Millionen Euro für elf Kraftwerksblöcke vergeben. Vattenfall erhält für Moorburg eine Stilllegungsprämie in zweistelliger Millionenhöhe. Letztlich gehen aber alle Kosten zu Lasten der Steuerzahler und Verbraucher. Rot-Grün „verbessert“ damit die Hamburger Klimabilanz, da knapp fünf Millionen Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen werden. Aber das ist eine verkürzte Sichtweise, denn die Schadstoffe werden künftig jenseits der Landesgrenzen in die Luft geblasen.

Wo kommt eigentlich Hamburgs Strom her? 2019 wurden rund 9,1 Millionen Megawattstunden (MWh) Strom in Hamburg erzeugt. 8,4 Millionen MWh und damit ein Anteil von fast 92 Prozent des erzeugten Stroms stammt aus fossilen Energieträgern. Der Rest mit knapp über sieben Prozent wurde aus erneuerbaren Energien gewonnen, in erster Linie Windenergie gefolgt von Biomasse und Biogas.

Durch das Abschalten zahlreicher konventioneller Kraftwerke erhöht sich auch die Distanz zu den Stromkunden. Da-

durch verdoppeln sich etwa die Netzkosten der Hamburger Aluminiumhütte Trimet um mehrere Millionen.

Für den Kraftwerksstandort Moorburg gibt es neue Zukunftspläne. Große Konzerne haben ihr Interesse bekundet, dort irgendwann grünen Wasserstoff zu produzieren.

Für den AfD-Umweltpolitiker Thomas Reich ist das alles Zukunftsmusik: „Hamburg droht wegen falscher grüner Politik der Blackout. Das effizienteste Kraftwerk Europas abzuschalten, ist vollkommen irrational, wirtschaftsfeindlich und existenzgefährdend. Gleichzeitig bleibt das Kraftwerk Wedel, eine richtige „Dreckschleuder“, noch Jahre am Netz. Unsere Hansestadt als Wirtschafts- und Handelsmetropole benötigt ein stabiles und verlässliches Stromnetz. Und ob die grünen Wunschträume von der Wasserstoffproduktion wahr werden, das wird die Zukunft zeigen. Generell begrüßen wir natürlich Innovation und den Einsatz neuer Technologien. Es darf aber keine grünen Experimente mit der Stromnetzstabilität geben – ansonsten verspielen wir unsere Zukunft.“



Fast jedes 3. Kitakind spricht kein Deutsch in der Familie

Hamburg verändert sich rasant. Der Anteil der deutschen Bürger nimmt rapide ab. Die „neuen Hamburger“ kommen aus aller Herren Länder und sprechen kein Deutsch mehr. Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage bringt ans Licht, dass von 84.045 Kindern in den Hamburger Kitas 24.289 überwiegend kein Deutsch in der Familie sprechen.

Für die familienpolitische Sprecherin Olga Petersen ist dies das Resultat einer gescheiterten Migrationspolitik durch die Altparteien: „Angesichts dieser Zahlen muss man sich die Frage stellen, wer überhaupt wen noch integrieren soll. Große Teile der Migranten sind weder integrationswillig noch integrationsfähig. Parallelgesellschaften werden zunehmen und die deutsche Sprache wird als Heimatsprache immer mehr abnehmen.“

Hamburg – Mekka für gewaltbereite Islamisten

Wolf: „Islamistische Strukturen zerschlagen“



Islamisten marschieren am 20.11.2020 in St. Georg auf

Unsere Hansestadt ist ein beliebter Tummelplatz für gewaltbereite Islamisten. In den letzten zehn Jahren stieg das Personenpotenzial massiv an. 2012 gingen die Behörden noch von 200 Salafisten aus, davon wurden 40 als Jihadisten eingestuft. Im Jahr 2019 waren es bereits 740 Salafisten, davon 384 Jihadisten. Beide Strömungen werden dem Islamismus zugerechnet, insgesamt leben in Hamburg 1.645 Islamisten.

Sie zeigen sich immer wieder und deutlich aggressiver im öffentlichen Stadtbild. Ende 2020 marschierten auf mehreren Demonstrationen hunderte Islamisten durch unsere Heimat. Das Motto lautete: „Respekt für den Propheten Mohammed“. Die Hamburger Demonstrationen waren ein Teil weltweiter Proteste von Muslimen gegen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Dieser hatte nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty durch einen Islamisten betont, dass die Veröffentlichung religionskritischer Karikaturen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien. Paty wurde in Frankreich bestialisch ermordet,

nachdem er Mohammed-Karikaturen im Unterricht als Beispiel für Meinungsfreiheit gezeigt hatte.

Die AfD-Fraktion kritisierte die Aufmärsche. Fraktionschef Dirk Nockemann bezeichnete diese Aktion der Scharia-Anhänger als unerträglich. Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf forderte: „Keine Toleranz und keinen Kulturrabatt für Islamisten.“ Hamburg war bereits 2017 Schauplatz von islamistischem Terror. Am 28. Juli 2017 griff der 26-Jährige staatenlose Palästinenser Ahmad A. mehrere Menschen mit einem Messer in einem Barmbeker Supermarkt an. Ein Mann wurde getötet, sechs weitere Menschen verletzt. Der Täter sympathisierte mit dem „Islamischen Staat“.

Am 11. September 2001 – Anschläge auf das World Trade Center – führte eine blutige Terrorspur direkt nach Hamburg. Einer der Todespiloten war der Ägypter Mohammed Atta. Er studierte an der damaligen Technischen Universität Hamburg-Harburg. Von 1998 bis 2001 wohnte er gemeinsam mit Ramzi Binalshibh und Said Bahaji, die mutmaßlich ebenfalls der Hamburger

Terrorzelle angehörten, in der Marienstraße 54 in Harburg. Atta und seine Hamburger Terrorfreunde gingen regelmäßig in die Al-Quds Moschee am Steindamm in St. Georg. Die Moschee wurde erst 2010 geschlossen.

Hamburg spielte also beim islamistischen Terror von 2001 eine wesentliche Rolle. Die Terroristen fühlten sich in der Anonymität der „weltoffenen“ Großstadt pudelwohl. In Hamburg werden sogar Staatsverträge mit Islamisten geschlossen. Initiiert wurde der Islam-Staatsvertrag 2007 von Ole von Beust (CDU), Olaf Scholz (SPD) setzte diesen 2012 um.

Am Staatsvertrag beteiligt ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH). Das IZH steht seit Jahrzehnten unter Beobachtung des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz. Es gilt „als verlängerter Arm der Teheraner Revolutionsführung“ und verfolgt konsequent das Ziel, „islamistisches Gedankengut nach heimatlichem Vorbild in Deutschland zu verbreiten“, so der Verfassungsschutz.

Das IZH und seine Unterstützer nahmen

regelmäßig als Mitorganisator am „Al-Quds-Tag“ teil. Al Quds ist der arabische Name für Jerusalem, der Al-Quds-Tag wurde 1979 vom damaligen iranischen Revolutionsführer Ajatollah Khomeini als jährliches Datum für Massendemonstrationen gegen Israel und die USA eingeführt. Bei den Aufzügen in Berlin sind auch häufig antiisraelische und antiamerikanische Parolen zu hören. Bei der Demonstration im Juni 2019 skandierten die etwa 1.000 Teilnehmer Parolen wie „Kindermörder Israel“.

Zudem deckte kürzlich eine Große Anfrage der AfD-Fraktion auf, dass das IZH jahrelang als gemeinnützig anerkannt war und über Jahre hinweg Steuervergünstigungen erhielt. Für AfD-Fraktionsvizechef Wolf ist ganz klar: „Islamistische Strukturen müssen zerschlagen und Islamisten ohne deutschen Pass abgeschoben werden. Bei eingebürgerten Islamisten muss die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit geprüft werden und eine lückenlose Überwachung erfolgen.“

Und Fraktionschef Nockemann fügt hinzu: „Es ist ein Skandal, dass über viele Jahre hinweg extremistische Vereine steuerlich begünstigt und damit indirekt gefördert wurden. Wir als AfD-Fraktion fordern schnellstmögliche Konsequenzen. Extremisten muss die rote Karte gezeigt und nicht der rote Teppich ausgerollt werden.“

Wussten Sie schon...?

Was wollen Islamisten?

Islamismus beschäftigt Deutschland spätestens seit den verheerenden Anschlägen in den USA vom 11. September 2001. Nach Bombenanschlägen in Madrid (2004) und London (2005) wurde 2007 eine „Antiterrordatei“ eingeführt. Über 20 islamistische Gefährder sind den Behörden in Hamburg bekannt. Bundesweit sind es über 630.

Islamisten vertreten eine verfassungsfeindliche politische Ideologie. Für alle Probleme unserer Welt gebe es nur eine richtige Lösung: den Islam. Unter Berufung auf den Islam zielt er auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Islamisten wollen die Trennung von Staat und Religion aufheben, die Scharia einführen und das Grundgesetz abschaffen. Sie sind antisemitisch und lehnen wesentliche Grund- und Menschenrechte ab, darunter insbesondere die Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung. Sie befürworten im Regelfall Fanatismus und Gewalt.

Wussten Sie schon...?

Was wollen Salafisten/Jihadisten?

Sie stellen Teilgruppen der Islamisten dar. Salafismus leitet sich aus dem Arabischen von den „frommen Altvorderen“ ab, damit sind die ersten drei Generationen von Muslimen (7. bis 9. Jahrhundert) gemeint. Salafisten versuchen, ihre Ziele aktiv mit Mitteln der Mission und fortwährender Überzeugungsarbeit zu verwirklichen.

Sie verfolgen das Ziel, den Staat, die Rechtsordnung und die Gesellschaft nach einem salafistischen Regelwerk umzubauen. Sie wollen der Gesellschaft aufzwingen, was sie sich unter der „ursprünglichen“ und „reinen“ Religion vorstellen.

Jihadismus bezieht sich dabei auf das islamische Konzept des kleinen Dschihad, das er als religiöse Verpflichtung jedes Muslims zum gewaltsamen Kampf zur Verteidigung des Islam gegen „Ungläubige“ (Christen, Atheisten, Juden) interpretiert. Sie befürworten oder unterstützen durch propagandistische, logistische, finanzielle oder sonstige Hilfsleistungen den weltweiten bewaffneten Jihad (Heiliger Krieg).



Blaue Moschee an der Alster als Anlaufpunkt für Islamisten

Soziale Netzwerke: AfD ist Spitze!

Erfolg in den sozialen Netzwerken hat einen Namen: AfD

Der Erfolg der AfD ist eng verbunden mit den sozialen Netzwerken. Als Bürgerbewegung ist es der AfD wichtig, dass man den Mut hat, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Und viele Bürger vertrauen den „Mainstream-Medien“ immer weniger. Auf Facebook ist die AfD-Fraktion den anderen haushoch überlegen.

Interessant ist auch, dass es der Rechtsstaatspartei AfD besonders wichtig ist, dass zwischen Fraktion und Partei konsequent getrennt wird. CDU, SPD und Grüne sehen das nicht so eng, so treten sie auf Facebook und Twitter gemeinsam als Fraktion und Partei auf. Und wenn jetzt dort die Fraktion eine Werbeanzeige bezahlt, dann kommt sie automatisch auch der Partei zugute.

Eigentlich eine nicht zulässige Parteienfinanzierung. Eine Partei ist ein Zusammenschluss politisch engagierter Bürger. Sie finanzieren sich unter anderem durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, erhalten aber auch staatliche Unterstützung.

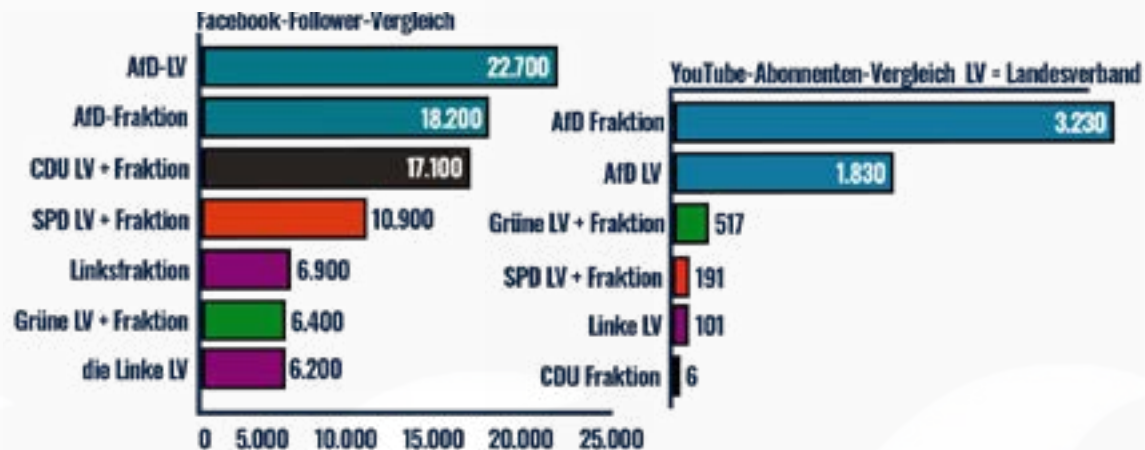
Wussten Sie schon...?

Eine Fraktion ist die Vertretung einer Partei im Parlament. Die Landtagsfraktionen (oder in Hamburg die Bürgerschaftsfraktionen) erhalten ihre Mittel ausschließlich vom betreffenden Bundesland.

Es gibt eine strikte rechtliche und finanzielle Trennung zwischen Parteien und Fraktionen. Die Fraktionen erhalten für ihre Arbeit öffentliche Mittel, die sie niemals für Parteaufgaben ausgeben dürfen. Man darf mit Fraktionsgeldern keinen Parteiwahlkampf unterstützen. Sie dürfen sich nicht gegenseitig finanzieren.

Landtags- oder Bürgerschaftsfraktionen kontrolliert der Landesrechnungshof des betreffenden Bundeslands. Bei den Parteien ist der Bundestagspräsident der Empfänger der Rechenschaftsberichte, er überwacht die Einhaltung des Parteiengesetzes und regelt die Wahlkampfkostenerstattung.

Falls Sie noch nicht dabei sind: Unterstützen Sie uns beim Aufbau der blauen Gegenöffentlichkeit!



Immer auf dem Laufenden bleiben?
Der neue AfD-Fraktionsrundbrief

AfD
Blauer Anker

Alle zwei Wochen Infos aus erster Hand!
Hier anmelden:
blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de

(Un-)Erhört!
Politik für Hamburg
Podcast

Verfügbar auf:

Grüne Justizsenatorin in der Dauerkritik

Nockemann: „Gallina muss weg“

Die grüne Justizsenatorin Anna Gallina befindet sich in der Dauerkritik. Laut Medienberichten befürchten ranghohe Juristen einen dramatischen Vertrauensverlust in den Rechtsstaat. Sie kritisieren in einem Schreiben, dass die Verfahren viel zu lange dauern und die Digitalisierung noch in den Kinderschuhen stecke. Sie fordern eine massive Aufstockung der personellen und sachlichen Ausstattung.

Zudem wird gegen Gallinas früheren Partner und damaligen Vorsitzenden der grünen Bezirksfraktion in Hamburg-Mitte, Michael Osterburg, wegen der Veruntreuung von knapp 70.000 Euro an Fraktionsgeldern ermittelt. Die Staatsanwaltschaft will auch die Justizsenatorin Anna Gallina befragen. Pikant daran ist, dass sie von ihrer eigenen und unterstellten Behörde befragt werden soll.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Osterburg kam heraus, dass

Anna Gallina an einem Hummer-Abendessen auf Malta teilgenommen hat. Damals war sie im Einsatz für „Flüchtlinge“. Sie entschuldigte sich dafür im Dezember, wenn ein „negativer Eindruck“ entstanden sei.

Für den AfD-Fraktionschef und Justizpolitiker Dirk Nockemann ist das Fass längst übergelaufen: „Neben diversen privaten Verfehlungen der grünen Justizsenatorin Gallina zeigt sich einmal mehr, dass sie als Nicht-Juristin für das Amt völlig ungeeignet ist. Sie ist eine katastrophale Fehlbesetzung.“

Und Nockemann weiter: „Für einen gut funktionierenden Justizapparat brauchen wir eine massive personelle und sachliche Aufrüstung. Wenn die Bürger das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren, dann verlieren sie auch immer mehr das Vertrauen in die Demokratie. Bevor dies geschieht, sollte die Justizsenatorin ihren Hut nehmen und die personelle Aufrüstung mit ihrem Abgang einläuten.“



Anna Gallina auf einer Parteiveranstaltung im Mai 2019

Mehr Prävention bei weiblicher Genitalverstümmelung



Durch die illegale Masseneinwanderung erhält auch die weibliche Genitalverstümmelung Einzug in unsere Gesellschaft. Laut Senatsantwort auf diverse AfD-Anfragen sei die weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/FGM) ein stark tabuisiertes Gewaltdelikt, das tief in Familienstrukturen und Traditionen eingebettet sei. Man ginge davon aus, dass „mit verstärkten Migrationsbewegungen in den vergangenen Jahren auch Frauen und Mädchen nach Deutschland gekommen sind, die bereits in ihrer Heimat Opfer von FGM“ wurden. Die AfD-Fraktion beantragte, dass Hamburg mehr Aufklärung und Prävention zum Thema weibliche Genitalverstümmelung betreiben soll.

Bundesweit sind laut einer Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zufolge bereits bis zu 68.000 Frauen betroffen und bis zu 14.900 Mädchen akut davon bedroht. Zahlen für Hamburg konnte der Senat auf AfD-Anfragen nicht vorlegen.

Die AfD-Familienpolitikerin Olga Petersen fordert, dass die jungen Mädchen nicht im Stich gelassen und endlich vor Genitalverstümmelungen geschützt werden müssen: „Mit dem Import Millionen Fremder kam und kommt diese bestialische und frauenfeindliche Körperverletzung in unsere Heimat. Die Mädchen, die diese menschenverachtenden Misshandlungen überleben, leiden lebenslang unter den massiven körperlichen und seelischen Schäden.“

AfD trifft mit Anfrage voll ins Rote: Verfassungsfeinde verlieren Steuervorteile

Wolf: „Extremisten die rote Karte zeigen“

Eine Große Anfrage der AfD-Fraktion deckte im November 2020 auf, dass die Hamburger Finanzbehörde seit vielen Jahren gegen die Extremismusklausel in der Abgabenordnung verstieß und die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ignorierte. Demzufolge ist ein extremistischer Verein von der Steuerbegünstigung ausgeschlossen. Die Einstufung richtet sich in erster Linie nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes.

Wie aus der vom Senat beantworteten Anfrage hervorging, kamen folgende Vereine in den Genuss von Steuererleichterungen: „Islamisches Zentrum Hamburg“ (IZH), „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Land Hamburg“ (VVN-BdA), „Marxistische Arbeiterschule – MASCH“, „Marxistische Abendschule – Forum für Politik und Kultur“ und der PKK-nahe Verein „Demokratik Kürt Toplum Merkezi Hamburg“.

Für die AfD-Fraktion ein skandalöser Vorgang, der Konsequenzen nach sich ziehen muss. AfD-Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf sagt: „Wir als AfD-Fraktion sind entsetzt und fassungslos, dass die Finanzbehörde verfassungsfeindlichen Islamisten, Linksextremisten und anderen Extremisten bis heute die Gemeinnützigkeit und damit massive Steuervergünstigungen gewährt. Dieser Skandal muss politisch und rechtlich gründlich aufgearbeitet werden.“

Und der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ergänzt: „Es ist ein Skandal, dass über viele Jahre hinweg extremistische Vereinsteuern begünstigt und damit indirekt gefördert wurden. Wir als AfD-Fraktion fordern schnellstmögliche Konsequenzen. Extremisten muss die rote Karte gezeigt und nicht der rote Teppich ausgerollt werden.“

Der rote Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) warf der AfD-Fraktion die Verbreitung von Unwahrheiten vor: „Die AfD sollte lieber beim verbreiteten Extremismus in den eigenen Reihen aufräumen als Fake News zur Arbeit unserer Finanzverwaltung zu verbreiten“. Seltsam nur, dass erst nach der AfD-Anfrage Bewegung in die Sache kam.

Eine nachgeschobene Kleine Anfrage

der AfD-Fraktion deckte zudem auf, dass die Finanzbehörde erst nach der Großen AfD-Anfrage die Aberkennungsverfahren gegen zwei extremistische Vereinigungen einleitete.

Also hat wohl der Finanzsenator selbst mit Fake News um sich geworfen. Aufgrund des Steuergeheimnisses rückte der rot-grüne Senat aber nicht mit der Sprache heraus, um welche Vereine es sich genau handelte und welche Beträge dank Steuervergünstigungen einbehalten wurden.

Im Januar 2021 berichtete dann das linke Nischenblatt „taz“ unter der Überschrift „Marx-Lesekreis nicht mehr gemeinnützig: Ein Gespenst geht um in Hamburg“, dass es die „Marxistische Abendschule Forum für Politik und Kultur e.V.“ getroffen habe. Mit Rückwirkung für die Jahre 2018 und 2019 habe die Finanzbehörde den linksextremistischen Marx-Jüngern die Gemeinnützigkeit entzogen.

Die taz-Journalistin Katharina Schip-

kowski kommentierte traurig: „Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit linker Organisationen durch die Finanzbehörde wirkt wie ein billiger Trick, um eine unliebsame Gegenkultur finanziell auszutrocknen. Vielleicht ist dieser Schluss aber etwas übereilt, denn es ist schwer zu sagen, warum der Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) da überhaupt Ambitionen haben sollte – es ist ja gar kein Wahlkampf. Wahrscheinlicher ist, dass die Behörde sich vor den Karren der Rechten spannen lässt und es nicht mal merkt. (...) Wahrscheinlich greifen da in der SPD-geführten Finanzbehörde aber auch antikommunistische Reflexe. Die AfD dürfte das ziemlich freuen.“

Die Aberkennung erfreut AfD-Fraktionsvizechef Wolf tatsächlich: „Wenn sich die taz-Schreiber aufregen und ärgern, dann ist das ein gutes Beispiel, dass wir als AfD ins Rote getroffen haben. Unsere AfD wirkt!“



Steuervorteile: Schlechte Zeiten für Leninfans

Rot-Grün plant ein eigenes Paritätsgesetz

Walczak: „Quote mit aller Macht“



Quote, Gleichheit, Diversität, Vielfalt, Gender, Parität: Das sind alles beliebte Kampfbegriffe aus dem Bausatz linksgrüner Parteien. Die haben ja bekanntlich derzeit Hochkonjunktur. Und die grüne Justizsenatorin Anna Gallina hat zwar kein juristisches Staatsexamen abgelegt, aber trotzdem klare Vorstellungen für Hamburgs Gesetzgebung. Die Hansestadt muss ihrer Meinung nach unbedingt ein eigenes Paritätsgesetz bekommen. Das habe noch gefehlt. Solche Gesetze sind zwar bereits in Thüringen und in Brandenburg gescheitert, aber in Hamburg versuchen sie es dennoch mit der Brechstange.

Mitte 2020 kippte das Landesverfassungsgericht Thüringen das dortige Paritätsgesetz. Die AfD hatte dagegen geklagt. Die Richter argumentierten, dass das Gesetz das Recht auf Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie das Recht der politischen Parteien auf Betätigungsfreiheit, Programmfreiheit und Chancengleichheit beeinträchtigt. Auch in Brandenburg kippten die Gerichte das Gesetz im Oktober 2020.

SPD und Grüne halten aber dennoch an ihrem Plan fest, denn es steht ja in ihrem Koalitionsvertrag. Das Wahlrecht soll dahingehend geändert werden, damit mehr Frauen als Kandida-

tinnen aufgestellt werden müssen. Die Betonung liegt auf „müssen“. Ein Paritätsgesetz sei wichtig, damit Frauen in Parlamenten stärker vertreten seien.

Für den AfD-Fraktionschef und justizpolitischen Sprecher Dirk Nockemann ist diese sture Haltung unverständlich: „Die demokratiefeindliche Rechtsauffassung der Grünen ist ungeheuerlich! Mit aller Macht wollen die Grünen ihre verfassungswidrige Quote durchsetzen und die Demokratie nach ihrem Willen aushebeln. Auch die Grünen haben sich dem Rechtsstaat zu beugen, anstatt ihn zu missachten!“

Der verfassungspolitische Sprecher Krzysztof Walczak fordert die Justizsenatorin auf, das Vorhaben zu beerdigen: „Das nunmehr zweite Urteil eines Verfassungsgerichts macht unmissverständlich deutlich, dass freie Wahlen in unserer Demokratie wichtiger sind als radikale Quotierungsansätze. Eine Quote schafft neues Unrecht. In einer Demokratie darf der Staat den Bürgern eben nicht vorschreiben, wer sich zur Wahl aufstellen lassen darf oder nicht. Wir fordern die grüne Justizsenatorin Anna Gallina auf, das angestrebte Paritätsgesetz endlich fallenzulassen.“

Altfraktionen wollen mehr Geld - AfD dagegen

Die Hamburger Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grüne, CDU und Linke fordern in einem gemeinsamen Antrag, dass die Fraktionen mehr Geld erhalten sollen. Die Geldleistungen sollen um fast ein Prozent angehoben werden. Zudem soll die Änderung des Fraktionsgesetzes rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ein falsches Signal zur ganz falschen Zeit: „SPD, Grüne, CDU und Linkspartei sind sich einig und wollen mehr Fraktionsgelder. Und das mitten in der Coronakrise, wo viele Bürger und Unternehmer um ihre Existenzen bangen.“

Und der Hamburger Fraktionschef Nockemann weiter: „Die Altparteien machen sich den Staat immer mehr zur Beute. Das darf nicht sein! Die AfD-Fraktion lehnt das ab und steht auf der Seite der steuerzahlenden Bürger. Diese Taschenvollmach-Mentalität ist nicht nachvollziehbar, sie ist zutiefst unanständig und unsolidarisch.“

Rot-Grün will Namibiaholz zur Wärmeerzeugung verbrennen

Der rot-grüne Senat plant das Verbrennen von Buschholz aus Namibia zur Wärmeerzeugung in Hamburger Kraftwerken. Laut Umweltbehördensprecher gäbe es in Namibia ein Problem mit der Verbuschung.

Der AfD-Umweltpolitiker Thomas Reich kann da nur mit dem Kopf schütteln: „Ein Wahnsinnsprojekt jagt das nächste, um den Klimaplan zu verwirklichen. Die grünlackierten Sozialisten verbieten und bevormunden, wo sie nur können. Sie sind und bleiben eine grüne Verbotspartei, die sich auf dem Holzweg befindet.“





Dirk Nockemann

Fraktionschef und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de

Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionschef und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kultur- und Medienausschuss,

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,

Schule, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,

Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der

Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Digitales, Europa, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Hafen, Innovation,

Tourismus, Medien, Verfassung, Verbraucherschutz, Wirtschaft, Wissenschaft

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de





Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss,
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Bürgerkontakte, Eingaben, Familie,
Gleichstellung, Antidiskriminierung, Kinder, Jugend, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

olga.petersen@afd-hamburg.de

Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Behinderte, Datenschutz, Energie, Gesundheit, Haushalt,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen, Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Kommunales, Bezirke, Öffentliche Unternehmen, Soziales

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de



Zahlen statt Worte



8

Autos wurden 2020 in Brand gesetzt. Alle acht Brandstiftungen gehen auf das Konto von Linksextremisten, davon wurden vier Fälle aufgeklärt.

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/3464)



600

landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften rund 14.900 Hektar.

Quelle: Statistikamt Nord



14

„divers“ eingetragene Personen leben in Hamburg. Insgesamt sind es fast 1,9 Millionen Menschen.

Quelle: Kleine Anfrage der AfD-Abgeordneten Olga Petersen (Drucksache 22/3237)



Fast

125.700

Schwerbehinderte lebten Ende 2019 in Hamburg. Das sind 6,8 Prozent der Bevölkerung.

Quelle: Statistikamt Nord

73 Prozent beträgt der Auflagenverlust der Hamburger Morgenpost gegenüber 2010.



28.735

(inklusive elektronischer Ausgabe) wurden Ende 2020 verkauft. 2010 betrug die verkaufte Auflage 107.575.

Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.



103

Kilometer Außen- und 36 Kilometer Binnendeiche hat Hamburg.

Quelle: www.hamburg.de



805.780

Autos gab es 2021 in Hamburg. 2011 (Regierungsübernahme durch SPD) waren es 725.845.

Quelle: Statista



34

Weißstorchbrutpaare zogen 2020 insgesamt 70 Jungtiere auf. Sein scheuer Vetter, der Schwarzstorch, ist deutlich seltener: nur ein Brutpaar ist bekannt.

Quellen: www.nabu-hamburg.de und www.ornithologie-hamburg.de

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung der letzten Monate

NDR (08.04.2021): **Bürgerschaft: Schlagabtausch zu Ausgangssperre in Hamburg**

Die AfD, die Linke und die FDP lehnten dagegen die Ausgangsbeschränkung, die von 21 bis 5 Uhr in der Hansestadt gilt, aus unterschiedlichen Gründen ab. Mit der neuen Verordnung „erleben wir in Hamburg den brutalsten Grundrechtseingriff, den es in dieser Stadt überhaupt gegeben hat“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann.

NDR (31.03.2021): **Reaktionen auf Ausgangssperre: Scharfe Kritik der Opposition**

Die AfD erneuerte ihre Generalkritik an der Bekämpfung der Pandemie. Der „Inzidenz-Irrsinn“ gehe weiter und finde „in der Ausgangssperre den traurigen Höhepunkt“, sagte Fraktionschef Dirk Nockemann. Dabei würden „die wirtschaftlichen Kollateralschäden der panischen Lockdown-Politik“ in Kauf genommen.

Hamburger Abendblatt (20.02.2021): **Betreuungseinrichtungen: Zahl der Zwangsmaßnahmen zugenommen**

In den Hamburger Betreuungseinrichtungen hat die Zahl der gerichtlich genehmigten Zwangsmaßnahmen stark zugenommen. Im vergangenen Jahr wurden 210 freiheitsentziehende Maßnahmen beantragt und 209 von Betreuungsgerichten genehmigt, wie aus einer Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Olga Petersen und Thomas Reich hervorgeht.

Petersen erklärte als familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion: „Jeder Mensch hat das Recht, sich frei zu bewegen. Die zunehmenden Fälle geben großen Anlass zur Sorge, denn freiheitsentziehende Maßnahmen dürfen nur die Ultima Ratio sein.“

Süddeutsche.de (10.02.2021): **AfD fordert sofortige Öffnung zahlreicher Geschäfte**

Der AfD-Abgeordnete Krzysztof Walczak warnte vor einer Pleitewelle. Dem rot-grünen Senat warf er vor, „auf ganzer Linie mit einer Abwesenheit jeglicher wirtschaftspolitischer Kompetenz“ zu glänzen.

NDR (10.02.2021): **Debatte über Energie-wende in der Bürgerschaft**

Der AfD-Abgeordnete Thomas Reich erneuerte einen Vorwurf: Weil das Kohlekraftwerk Moorburg abgeschaltet ist, sei die Versorgung mit Strom nicht mehr sicher

NDR (27.01.2021): **Bürgerschaft debatiert über Hotelzimmer für Obdachlose**

Bundesweit sei es unter Obdachlosen bisher noch zu keinem Massenausbruch gekommen, sagte Marco Schulz von der AfD. Erfrierungsschutz sei nötig. Von einer pauschalen Einzelunterbringung halte die AfD aber nichts.

Die Welt (11.01.2021): **AfD will Öffnung der Friseure**

Die Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion fordert vom Senat die Öffnung der wegen Corona geschlossenen Friseursalons. Für viele Bürger stelle sich der regelmäßige Friseurbesuch als Befriedigung eines gesellschaftlichen Grundbedürfnisses dar, heißt es in einem am Montag veröffentlichten Antrag. Die Schließung der Salons im Lockdown sei inkonsequent und werfe Fragen auf, meinte der Wirtschaftsexperte der Fraktion, Krzysztof Walczak: «Wie kann es sein, dass beispielsweise Verkaufsstellen für Weihnachtsbäume öffnen durften, Friseursalons aber nicht?»

t-online.de (17.12.2020): **AfD fordert Entlassung der Hamburger Justizsenatorin**

„Die Justizsenatorin möchte sich im Justizausschuss nicht erklären, obwohl großer Klärungsbedarf besteht“, sagte Nockemann. Mit ihrem Schweigen beschädige sie das Ansehen der Justizbehörde. „Wer nicht aufklären will, muss gehen. Wir fordern die Entlassung der Justizsenatorin.“

Süddeutsche.de (14.12.2020): **Hamburger AfD kritisiert Lockdown als „falsch und teuer“**

Die AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft hat den ab Mittwoch bundesweit geltenden Lockdown zur Eindämmung der Corona-Pandemie kritisiert. „Die Strategie des Dichtmachens ist falsch und

teuer“, sagte der Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf. „Ein wochenlanges Runterfahren der Wirtschaft kann sich unser Land und unsere Gesellschaft nicht leisten.“ Natürlich sei es wichtig, Risikogruppen vor Infektionen zu schützen. „Aber das Hochklappen der Bürgersteige und das Schließen von Einkaufsstraßen sind unverhältnismäßig.“

Hamburger Morgenpost (09.11.2020): **Plan für Hamburg AfD will es wie Großbritannien machen**

Die AfD hat am Montag einen neuen Antrag gestellt: Die Partei fordert künftig regelmäßige Befragungen mit dem Bürgermeister in der Hamburgischen Bürgerschaft – inspiriert von dem Modell der Briten.

Begründet wird dies in einem Antrag mit der Stärkung der Debattenkultur. „Ein offener Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition würde (...) auch zur Belebung der Demokratie führen“, sagte der stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführer, Krzysztof Walczak, am Montag.

NDR (16.09.2020): **Bürgerschaft debatiert über Hilfe für Flüchtlinge**

Mit Ausnahme der AfD haben alle Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland in der Hansestadt verteidigt. Die AfD hatte die Aktuelle Stunde unter dem Titel «Moria - Altparteien setzen falsches Signal für Migranten und Schleuser!» angemeldet.

AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann verwies darauf, dass die griechische Regierung nach dem Feuer im Flüchtlingslager Moria gebeten habe, der Forderung der Flüchtlinge nach einer Verteilung auf das europäische Festland nicht nachzukommen. „Alle Welt hält sich (...) an die Bitten der griechischen Regierung, nur in Deutschland (...) nimmt die linksgrüne Schickleria die Gelegenheit beim Schopf und fordert natürlich die Aufnahme all derjenigen, die sich dort aufhalten“, sagte Nockemann. Der AfD-Abgeordnete Krzysztof Walczak sagte, so werde die Streichholzsachtel das neue Einreisevisum.

MITMACHEN UND GEWINNEN • DAS HAMBURG-QUIZ

Gewinnen Sie ein signiertes Buch von Alexander Gauland!

Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel! Zu gewinnen gibt es ein signiertes Buch des AfD-Ehrenvorsitzenden Dr. Alexander Gauland „Die Deutschen und ihre Geschichte“.

Darin nimmt er uns mit auf eine Wanderung durch eintausend Jahre deutscher Geschichte. Aus den germanischen Wäldern des Tacitus führt er uns zu Karl dem Großen, zu Luther, den Kaisern des Mittelalters, von Friedrich II. zu Bismarck, zu Hitler, zum Mauerfall. An jeder Weggabelung erkennen wir, wie sehr wir Anteil haben an dieser Geschichte. Und dass diese uns erst zu denen macht, die wir sind.



Das Parteikürzel AfD steht für...?

Alice für Demokratie • Alternative für Deutschland • Alles für Dackel

Wie heißt die in Hamburg ansässige erfolgreichste Körperpflege-Marke der Welt?

Astra • Fielmann • Nivea

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
 Redaktionsschluss: 30.04.2021
 Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dirk Nockemann
 Verantwortlicher Redakteur: Robert Offermann
 Telefon: 040/42831-2518

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren Newsletter:

🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Richtige Lösung eingeben unter:

🌐 <https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. August 2021.

Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!



Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

🌐 afd-fraktion-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/